

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 27

03.07.2017

QUELLE:



MÉDIANÉZŐ
A Nézőpont Csoport tagja

ZUSAMMENFASSUNG

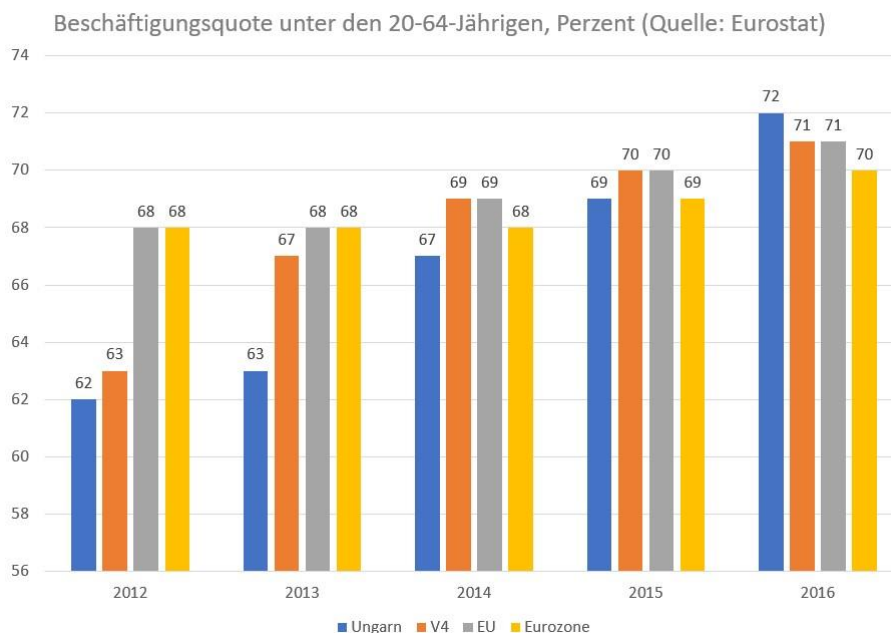
- **WEITER VERBESSERTE UNGARISCHE ARBEITSMARKTDATEN.** In Ungarn legte die Beschäftigtenzahl ausgehend von den aktuellsten Angaben auf 4,393 Millionen Menschen zu; parallel dazu nahm die Arbeitslosigkeit weiter ab. Vor fünf Jahren noch verfügte Ungarn über eine ungünstige Beschäftigungsquote, seit 2016 hat das Land jedoch ein Beschäftigungsniveau über dem europäischen Durchschnitt erreicht.
- **NACH DEN BUNDESTAGSWAHLEN DÜRFTEN DIE DEBATTEN ÜBER DIE MIGRATION UND DIE ZUKUNFT DER EU NEUEN SCHWUNG NEHMEN.** Viktor Orbán bewertete in der vergangenen Woche die Ergebnisse der kürzlich abgeschlossenen Nationalen Konsultation in Verbindung mit der Europäischen Union. Der Ministerpräsident hielt in seiner Rede sowohl die illegale Einwanderung als auch die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union für gefährlich. Die diese beiden Fragestellungen begleitende Debatte kann nach den deutschen Bundestagswahlen vom September neuen Schwung erhalten, bei denen nach aktuellem Stand ein Sieg der von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführten CDU erwartet werden darf.
- **DIE REGIERUNGSPARTEIEN HABEN DIE GENERALPROBE ZUM WAHLKAMPF FÜR SICH ENTSCHIEDEN.** Knapp ein Jahr vor den Parlamentswahlen liegen Fidesz-KDNP eindeutig vorn; für die Regierungsparteien zeigen nach dem Vorwahlkampf mehr Wähler Sympathien, als für alle anderen Parteien zusammengenommen, geht aus der aktuellen Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts im Auftrag der Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor.
- **DIE OPPOSITION IST AUßERSTANDE, NEUE SYMPATHISANTEN ANZUSPRECHEN.** Während Fidesz-KDNP den Zeitraum der Vorwahlkampagne für sich entscheiden und ihre Sympathiewerte stabilisieren konnten, ist die Opposition nicht imstande, neue Sympathisanten für sich zu gewinnen. Die Ergebnisse der Meinungsumfragen zeigen, dass weder die Parteien des linken Lagers noch die Jobbik seit den Parlamentswahlen 2014 ihr Wählerlager ausweiten konnten, was die Gewinnaussichten der Regierungsparteien mit dem Herannahen der im kommenden Jahr anstehenden Parlamentswahlen beträchtlich erhöht.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

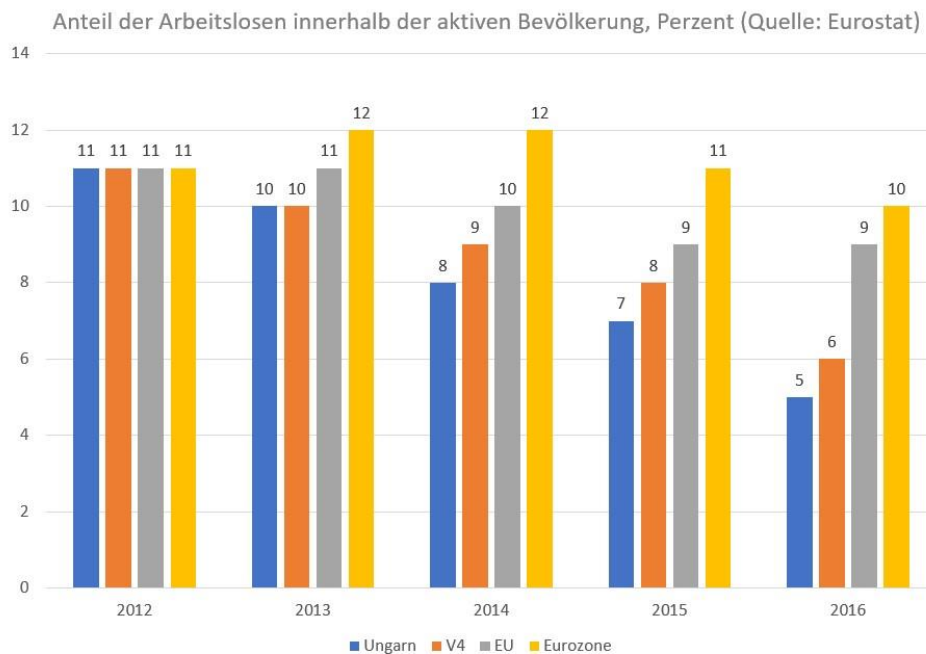
Weiter verbesserte ungarische Arbeitsmarktdaten

In Ungarn legte die Beschäftigtenzahl ausgehend von den aktuellsten Angaben auf 4,393 Millionen Menschen zu; parallel dazu nahm die Arbeitslosigkeit weiter ab. Vor fünf Jahren noch verfügte Ungarn über eine ungünstige Beschäftigungsquote, seit 2016 hat das Land jedoch ein Beschäftigungsniveau über dem europäischen Durchschnitt erreicht.

Laut Bericht des Zentralamtes für Statistik (KSH) ist die Beschäftigungsquote hinsichtlich der 15-64-Jährigen im Zeitraum März-Mai 2017 gegenüber dem identischen Vorjahreszeitraum um 1,6 Prozentpunkte auf 67,6 Prozent geklettert. Die Zahl der am primären Arbeitsmarkt beschäftigten Personen legte um 108.000 Personen zu, während jene der in öffentlichen Arbeitsprogrammen tätigen Menschen um 22.000 Personen zurückging. Im Fall der Altersklasse der 20-64-Jährigen – die im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ hinsichtlich der Verwirklichung der Beschäftigungsziele beobachtet wird – legte die Beschäftigungsquote sogar um 1,7 Prozentpunkte auf 72,7 Prozent zu. Es wurden 297.000 junge Beschäftigte (15-24-Jährige) gezählt, deren Beschäftigungsquote um 1,4 Prozentpunkte auf 28,3 Prozent stieg. Während die ungarische Beschäftigungsquote 2012 nach Eurostat-Angaben auch im europäischen Maßstab noch als geringfügig galt, konnte dieser Indikator in Ungarn bis 2016 auf 72 Prozent hochschnellen. Diese Zahl aber übertrifft die Durchschnittswerte von EU-28, Eurozone und V4.



Die Arbeitslosigkeit ging im Zeitraum März-Mai 2017 gegenüber dem Zustand von vor einem Jahr um 48.000 auf 203.000 Personen zurück, die Erwerbslosenquote verringerte sich um 1,1 Prozentpunkte auf 4,4 Prozent. Die Erwerbslosenquote der 15-24-Jährigen fiel im gleichen Zeitraum um kräftige 3 Prozentpunkte auf 10,8 Prozent. Ausgehend von den Eurostat-Angaben lag die ungarische Erwerbslosenquote 2012 mit den Durchschnittswerten in EU-28, Eurozone und V4 gleichauf, wohingegen Ungarn 2016 den niedrigsten Stand an Erwerbslosen aufweisen konnte (mit 5 Prozent).



AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Nach den Bundestagswahlen dürften die Debatten über die Migration und die Zukunft der EU neuen Schwung nehmen

Viktor Orbán bewertete in der vergangenen Woche die Ergebnisse der kürzlich abgeschlossenen Nationalen Konsultation in Verbindung mit der Europäischen Union. Der Ministerpräsident hielt in seiner Rede sowohl die illegale Einwanderung als auch die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union für gefährlich. Die diese beiden Fragestellungen begleitende Debatte kann nach den deutschen Bundestagswahlen vom September neuen Schwung erhalten, bei denen nach

aktuellem Stand ein Sieg der von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführten CDU erwartet werden darf.

Ungarn drängt hinsichtlich der Migration auch weiterhin darauf, die illegale Einwanderung zu stoppen, lehnt die Verteilung nach Einwanderungsquoten ab und betont den Schutz der Außengrenzen. Die Einwanderungspolitik der Regierung deckt sich mit den Erwartungen der Wähler, die nach dem Quotenreferendum vom vorigen Oktober nunmehr auch im Verlauf der kürzlich beendeten Nationalen Konsultation den Standpunkt der Regierung bekräftigten.

Die Frage der Einwanderung und der Quotenregelung spaltet derweil selbst die westliche politische Elite: Während die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Tschechien, Polen und Ungarn einleitete und auch der neue französische Staatspräsident Emmanuel Macron aufrief, die Entscheidung über die Quotenregelung durchzusetzen, erklärte der sozialdemokratische Vizekanzler und Außenminister Deutschlands, Sigmar Gabriel, die Europäischen Union sollte sich an Stelle der Quotendebatte damit beschäftigen, wie sich die Flüchtlingszahlen senken lassen. Nach den deutschen Bundestagswahlen im September dürfte die Meinung des nächsten Bundeskanzlers von entscheidender Bedeutung sein: Der Kandidat der Sozialdemokraten, Martin Schulz, gehört dem Lager der stark für eine Quotenregelung eintretenden Politiker an, wohingegen die Wahlfavoritin Angela Merkel als Repräsentantin der CDU dieses heikle Thema im Wahlkampf spürbar meidet. Die Frage lautet, welchen Standpunkt Merkel im Falle ihrer Wiederwahl beziehen wird: Wird sie sich weiterhin für die Verteilung der Einwanderer einsetzen oder ihre Politik jener des Außenministers annähern?

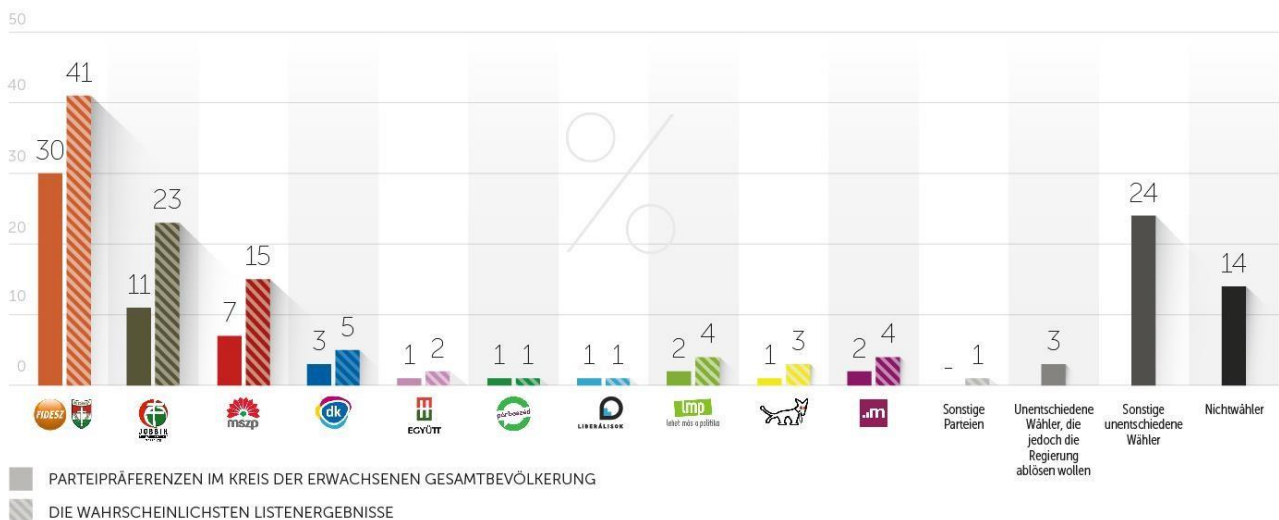
Was die Zukunft der EU anbelangt, ist der Standpunkt der ungarischen Regierung ebenso klar, die an Stelle einer zentralisierten EU die Aufrechterhaltung eines Modells des Europas der Nationen auf der Grundlage der Souveränität der Mitgliedstaaten präferiert. Dabei ist es wichtig hinzuzufügen, dass Ungarn entschlossen für die EU-Mitgliedschaft eintritt, nachdem die Regierung nicht gegen die Europäische Union argumentiert, sondern die Ausweitung der Befugnisse der unter dem Sammelbegriff „Brüssel“ titulierten Institutionen der Gemeinschaft eindämmen will. Die Brüsselkritik bedeutet somit weder EU-Feindlichkeit noch Euroskeptizismus, zumal all das mit der Meinung der ungarischen Wähler in Einklang gesehen werden kann: Laut Meinungsumfrage des NézőpontInstituts vom März sind 56 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung unzufrieden mit der Arbeit der politischen Führung in Brüssel, während 73 Prozent zugleich äußerten, dass

Ungarn nicht aus der Europäischen Union austreten sollte. Abgesehen davon bekräftigt nun auch das Ergebnis der soeben zu Ende gegangenen Nationalen Konsultation den Standpunkt der Regierung: Eine überwältigende Mehrheit der 1,7 Millionen Menschen, die den Fragebogen beantworteten, würde Brüssel weder bei der Bestimmung der Energietarife und der Steuern noch bei Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen mehr Befugnisse in die Hand geben.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Regierungsparteien haben die Generalprobe zum Wahlkampf für sich entschieden

Knapp ein Jahr vor den Parlamentswahlen liegen Fidesz-KDNP eindeutig vorn; für die Regierungsparteien zeigen nach dem Vorwahlkampf mehr Wähler Sympathien, als für alle anderen Parteien zusammengenommen, geht aus der aktuellen Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts im Auftrag der Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor.



Im Juni standen 30 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung hinter Fidesz-KDNP, so dass mit den Regierungsparteien auch nach der Generalprobe für die Parlamentswahlen des kommenden Jahres mehr Menschen sympathisieren, als mit den übrigen Parteien zusammengenommen. Das Lager der Jobbik-Sympathisanten macht 11 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung aus, jenes der MSZP 7 Prozent. Unter den kleineren Parteien erreichen die DK 3 Prozent, LMP und MomentumBewegung jeweils 2 Prozent. Die Splitterparteien Együtt, Párbeszéd, die Liberalen von Gábor Fodor sowie die Witzpartei des Zweischwänzigen Hundes (MKKP) erreichen jeweils 1 Prozent.

Bei Betrachtung der wahrscheinlichsten Ergebnisse auf die Wahllisten würden Fidesz-KDNP 41 Prozent holen, gefolgt von der Jobbik mit 23 Prozent, der MSZP mit 15 und der DK mit 5 Prozent. Auf dieser Basis verzeichnen LMP und Momentum-Bewegung jeweils 4 Prozent, die MKKP 3 Prozent, die Együtt 2 Prozent, Párbeszéd und Liberale jeweils 1 Prozent.

Methodik

Die persönliche Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 2.-18. Juni 2017 mit der Befragung von 2.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer repräsentativen Auswahl von 2.000 Personen ergibt sich bei einer Zuverlässigkeit von 95% eine Fehlertoleranz von 2,2 Prozent.

Die Opposition ist außerstande, neue Sympathisanten anzusprechen

Während Fidesz-KDNP den Zeitraum der Vorwahlkampagne für sich entscheiden und ihre Sympathiewerte stabilisieren konnten, ist die Opposition nicht imstande, neue Sympathisanten für sich zu gewinnen. Die Ergebnisse der Meinungsumfragen zeigen, dass weder die Parteien des linken Lagers noch die Jobbik seit den Parlamentswahlen 2014 ihr Wählerlager ausweiten konnten, was die Gewinnaussichten der Regierungsparteien mit dem Herannahen der im kommenden Jahr anstehenden Parlamentswahlen beträchtlich erhöht.

Der Ministerpräsidentenkandidat der MSZP, László Botka, konnte die gewünschte Einheit im linken Lager nicht herbeiführen, zumal die Spannungen zwischen ihm und dem die DK führenden Ferenc Gyurcsány laufend zunehmen. Der Oberbürgermeister von Szeged wird auch innerhalb der MSZP von mehr und mehr Politikern kritisiert, was damit zu tun hat, dass er in den vergangenen Monaten nicht in der Lage war, die Unterstützung für die Sozialisten zu steigern. Neben der MSZP konnten aber auch DK, Együtt, Párbeszéd und Liberale keine weiteren Sympathisanten für sich gewinnen. Den aktuellsten Ergebnissen der Meinungsumfragen zufolge könnte die Linke selbst bei gemeinsamen Listen bestenfalls das 2014 erreichte Ergebnis wiederholen.

Neben der Opposition im linken Lager wird die Jobbik mit ähnlichen Probleme konfrontiert, denn seit 2014 konnte auch die unter Führung von Gábor Vona stehende Partei ihre Anhängerschar nicht wirklich mehren, was zugleich belegt, dass die Strategie eines neuen Anstrichs als Volkspartei bislang die Hoffnungen nicht erfüllen konnte. Die Jobbik versuchte in der jüngsten Zeit

hauptsächlich von der Linken enttäuschte Wähler anzusprechen, was wiederum einen Teil des eigenen Lagers abschreckte.

PROGNOSE

- Am 4. Juli findet ein Vertrauensvotum über die Regierung in der kürzlich gewählten französischen Nationalversammlung statt.
- Am 4. Juli reist Péter Szijjártó nach Moskau. Im Rahmen des offiziellen Besuches wird er mit seinem Kollegen Sergej Lawrow und der Führung der russisch-orthodoxen Kirche zusammentreffen.
- Am 6. Juli trifft Donald Trump mit der polnischen Ministerpräsidentin Beata Szydlo zusammen, bevor der US-Präsident zum G20-Gipfel nach Hamburg weiterreist. A Wie das Weiße Haus informierte, möchte Trump mit dieser Geste einen der engsten europäischen Verbündeten seiner Kooperationsbereitschaft versichern. Erst kürzlich haben die Vereinigten Staaten mehrere hundert Soldaten nach Polen entsandt.
- Am 7. Juli beginnt der zweitägige G20-Gipfel in Hamburg, zeitgleich mit der Konferenz zur Vorbereitung des EU-Afrika-Gipfels im November.
- Am 8. Juli bringt der Leiter des sogenannten Betyársereg, Zsolt Tyirityán, eine neue, rechtsradikale Bewegung auf den Weg.
- Für den 10. Juli ist eine weitere, die mittlerweile siebte Runde der Genfer Friedensverhandlungen zu Syrien geplant.